Betreff:

Bebauungsplan Nr. 29 "Burgstraße" - 2. Änderung (vereinfachtes Verfahren gem. § 13 BauGB)

a) Beratung und Annahme des Entwurfs

b) Auslegungsbeschluss

Beratungsfolge	Termin	Behandlung
Ausschuss für Bauen, Umwelt und Stadtentwicklung Verwaltungsausschuss	17.04.2018	öffentlich nicht öffentlich

Beschlussvorschlag:

- a) Für den Bebauungsplan Nr. 29 „Burgstraße“ wird eine 2. Änderung aufgestellt (Aufstellungsbeschluss). Inhalt dieser Bebauungsplanänderung ist die teilweise Änderung einer Parkplatzfläche in ein Mischgebiet.
Da die Bebauungsplanänderung eine Maßnahme der Innenentwicklung darstellt, wird sie im beschleunigten Verfahren nach § 13 a BauGB aufgestellt.
Die Antragstellerin hat die Kosten des Verfahrens zu tragen. – Hierzu ist ein städtebaulicher Vertrag gem. § 11 BauGB mit der Antragstellerin zu schließen, in welchem die Kostenübernahme geregelt ist.
Des Weiteren sind auf dem Grundstück (ehemaliges Flurstück 141/3) 7 PKW Einstellplätze konkret örtlich im Bebauungsplan festzulegen. Abschließend ist im städtebaulichen Vertrag zu regeln, dass die Antragstellerin eine Grunddienstbarkeit auf einem ihrer Grundstücke zur Schaffung 2 weiterer Einstellplätze eintragen lässt.
- b) Der Entwurf der 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 29 „Burgstraße“ wird angenommen. Er ist zusammen mit dem Entwurf der Begründung gem. § 13 a BauGB i.V.m. § 3 Abs. 2 BauGB für die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen.

Begründung

Der Verwaltungsausschuss der Stadt Dinklage hat auf Antrag von Frau Meinert Bahlmann beschlossen, den Bebauungsplan Nr. 29 „Burgstraße“ grds. in der Weise zu ändern, dass der bisher als öffentlicher Parkplatz ausgewiesene vordere Teil des ehemaligen Flurstücks 141/3 künftig als Mischgebiet ausgewiesen wird, damit sie hier ein Architektenbüro errichten kann. Außerdem sind die nach den Richtzahlen zu § 47 NBauO (Stellplatzverordnung) mindestens anzulegenden Einstellplätze konkret räumlich festzulegen. (7 Einstellplätze plus 2 Einstellplätze auf einem ihrer Grundstücke). –Die in § 47 NBauO genannte Anzahl gilt als Anhalt, um die Anzahl der herzustellenden Einstellplätze im Einzelfall festzulegen. Ferner wurde vom Verwaltungsausschuss der Stadt Dinklage beschlossen, auf die Ausübung des Vorkaufsrechtes zu verzichten.

Auf die entsprechenden Beratungen seit dem Jahr 2015 wird verwiesen.

Der in der Anlage zur Beschlussvorlage dargestellte Bebauungsplanentwurf ist konkret auf die Beschlusslage zugeschnitten (Baufläche, Nichtüberbaubarer Bereich, Fläche für Einstellplätze).

Anlagen